

Man überschätzt vielfach die Bedeutung der Güterverteilung*) — des Handels — und unterschätzt entsprechend die der Güterzeugung — Produktion. Die Arbeit, an denen die Gesellschaft fruchtbar, haben weniger in der ungerichteten und unvernünftigen Güterverteilung — dem Handel — ihren Grund, als in dem gemeinschaftlichen System der Güterzeugung, aus welchem unsere unvernünftige und ungerechte Güterverteilung erst hervorgegangen ist, auf dem sie beruht und mit dem sie steht und fällt.

Die Verhältnisse, welche es bewirken, daß eine gute Ernte für ganze Klassen der Bevölkerung zu einer nationalen Katastrophe und für das arbeitende Volk zu einer gleichgültigen Sache werden kann, haben mit der Güterverteilung gar nichts zu schaffen. Wäre der Kornhandel in den Händen des Staats, so würden nach wie vor die Großgrundbesitzer ihren Vernichtungskrieg gegen die Kleinbauern fortführen, so würde das wie vor dem Großkapital der Schwannheit des Rationalismus nach wie vor das große wie vor das arbeitende Volk mit Not und Mangel zu kämpfen haben; so würde es nach wie vor, auch bei den höchsten Brodpreisen, Hungernde und Verdungernde geben.

Mit der Verstaatlichung des Kornhandels ist's also nicht getan. Was verstaatlicht werden muß — jedoch nicht im Sinne der Bismarckschen Verstaatlichung, wie der Regierungsprofessor Wagner sie durch eine wissenschaftliche Sauke mündgerecht zu machen versucht — das ist die Getreideproduktion, der gesamte Ackerbau.

Nur wenn das Land, der gesamte Grund und Boden, in den Besitz der Allgemeinheit zurückkehrt, wird gründlicher Wandel geschaffen. Mit der Verstaatlichung des Grund und Bodens allein ist's Wendungs nicht getan. Außer dem Grund und Boden müssen sämtliche Arbeitsinstrumente verstaatlicht und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Die ungerechte und unvernünftige Verteilung der Güter, unter der wir heute so schwer leiden, würde dann von selbst wegsinken, wögen eine gerechte und vernünftige Verteilung der Güter die Fortdauer der kapitalistischen Produktionsweise und des Privatigentums einfach unmöglich ist.

— O deutscher Freisinn! Als bei der letzten Abstimmung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes die famosen 26 abgemessenen und ohne Rücksicht auf die pompösen Erklärungen Richter's und Kider's bei Gründung der Fusion ja! sagten, da hieß es, um den Sturm der Entrüstung, der sich bei den Gläubigen der alten Fortschrittspartei erhob, zu dämpfen: Aber dies ist das letzte Mal gewesen, von nun an wird die Partei wie Ein Mann gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen.

„Wie Ein Mann“ — welche Aufschneider! Als ob Kollakowen je eines männlichen Entschlusses fähig wären. Als ob die Vieremänner von der „liberalen Vereinigung“ im Interesse der politischen Freiheit und nicht aus wirtschaftspolitischen Gründen ihre Sezession vom Nationalliberalismus vollzogen. Wer diese Herren von früher her kannte, der mußte wissen, daß sie allenfalls ein wenig Opposition spielen, nie aber sich zu einer Partei der demokratischen Volksrechte aufschwingen würden.

Und so zeigt sich denn schon jetzt, bei den Wahlen, welchen Wert das „Andere“, wie Ein Mann“ hatte. Wie ein Weichtier, so sucht Einer nach dem Andern sich um eine bindende Erklärung zu drücken. Sie sind natürlich für Abschaffung des infamen Gesetzes — der reaktionärste Sommerliche Junfer ist es auch — aber „sie wissen noch nicht“, wie sie diesmal stimmen werden, die Frieß, die Horwig, die Jordanbeck. Der ehrenwerte Oberbürgermeister von Berlin, der Mann des heroischen „Jurat auf die Schanzen!“ hat sich über diesen Punkt mit einer Zweifeltigkeit ausgesprochen, die an die schärfsten Tage des Nationalliberalismus erinnert. Er erachte „die Rückkehr auf den Weg des gemeinsamen Rechtes anzustreben (an!) für geboten, aber eine bestimmte Verpflichtung in dieser wie in allen andern Dingen müsse er ablehnen“ — heißt es in der „Magdeburger Zeitung“.

Das ist eine Erklärung, würdig des parteihaftesten Prääsidenten, den der deutsche Reichstag bisher gehabt.

Natürlich werden sich die Herren hinter ihre Wähler verstecken, und wir glauben es ohne Weiteres, daß die „Kader“ in den liberalen Wahlkreisen, die Doktor K. und Kaufmann J. und Advokat B., es gar nicht gern sehen würden, wenn die bösen Sozialdemokraten wieder offen agitieren und gewisse Sozialfragen in ihrer Dohheit bloßstellen könnten. Aber das entschuldigt die Herren nicht. Ein Mann von Ueberzeugung macht sich nicht zum Knecht der sogenannten öffentlichen Meinung; er muß sie zu gewinnen suchen, im Notfall aber ihr Widerstand zu leisten wissen.

Aber damit läme man bei den braven Deutsch-Freisinnigen schon an. Sie sind mit dem guten Beispiel des Bantel nach dem Wind Tragendes vorangehen, sie haben ihre Wählerhaft forumpumpt und sie werden die Lehren sein, ihr wieder Konsequenz zu lehren. Ihr ganzer Ehrgeiz bestand darin, die Repräsentanten des „deutschen Bürgerthums“ zu sein, und was das heißt, darüber siehe — Bamberg.

So werden wir denn im gegebenen Moment den erhabenen Genus haben, wieder eine Kolonne tapferer Jäger nach rechts abzuweichen zu sehen, um, sie wissen selbst nicht, wie (Auspruch des Herrn Frieß), das Sozialistengesetz verlängern zu dürfen. Und so wird dieses Gesetz fortzuauern, bis — der Wind von anderswo bläst.

Dieser Wind aber dürfte voraussichtlich auch die deutsch-freisinnigen Jammertüchlein wegblasen.

— In Breslau wurden am 30. September 11 Genossen wegen „Gehheimbündel“ abgeurteilt, und zwar auf das Zeugnis des mittlerweile verstorbenen Schutzes Wessely hin. Dieser Glende war seinerzeit mit Breslau, beziehungsweise ganz Preußen ausgewiesen worden, weil man ihn im Laden des Genossen Bindhorst mit einem Paket Exemplare der — nicht verbotenen — „Süddeutschen Post“ betroffen hatte; hatte sich nach Prag gewendet und von dort aus im Zeitraum von vier Wochen circa 600 Mark Unterstützungsgelder — theils von der Redaktion der „Südd. Post“, theils von den Breslauer Arbeitern gesammelt — für sich und seine in Breslau zurückgebliebene Familie erhalten. Damit und mit der Unterstützung der Breslauer Sozialisten, seiner Familie wöchentlich 3 Mark und die Kirche zu zahlen, war der Bursche aber noch nicht zufrieden, er lehrte zurück und verkaufte seine Genossen an die Polizei. Die 11 Angeklagten sind angeblich Mitglieder einer Gruppe gewesen, zu der auch Wessely gehörte. Und auf das Zeugnis dieses Schurken und seiner Gattin hin wurden sie auch — mit einer Ausnahme — verurteilt, und zwar: Joh. Bindhorst, Cigarrenmacher, zu 7 Monaten (der Staatsanwalt hatte 18 Monate beantragt), Joh. Büttner, Strohhutpreller, zu 4 Monaten (Antrag 9 Mon.), Al. Jakob, Cigarrenmacher, zu 5 Mon. (Antrag 15 Mon.), Jul. Weiß, Bureauist, zu 4 Mon. (Antrag 6 Mon.), Paul Klein, Tischler, Fr. Bachsteffen, Drechsler, Karl Lindner, Schloffer, und Zeitsch, Zimmermann, zu je 3 Mon. (Antrag 4 Mon.) C. Walzer, Zimmermann, zu 2 Mon. (Antrag 4 Mon.), K. Schulze, Schneider, zu 2 Monaten. Den vier Erstgenannten wurde die sechsmonatliche Untersuchungshaft mit 2 Monaten gnädigst in Anrechnung gebracht.

Dieser Prozeß zeigt so recht die Niedertracht des Sozialistengesetzes.

*) Um Mißverständnisse zu vermeiden, bemerken wir, daß hier nur von Verteilung im Sinne von Zirkulation, d. h. Zuführung der Produkte an die Konsumenten die Rede ist, nicht etwa auch in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse, die übrigens gleichfalls mit der Produktionsweise in engem Zusammenhang stehen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Ausführungen unseres werthen Mitarbeiters noch folgendes hinzufügen: Wer den Handel, beziehungsweise die Verteilung der Erzeugnisse irgend eines Wirtschaftszweiges in der Hand hat, der hat einen so nachhaltigen Einfluß auf die Produktion selbst, daß da, wo der Wille dazu da ist, von der Uebernahme der Verteilung bis zur Uebernahme der Produktion überhaupt nur ein Schritt ist. Vom heutigen Ausbeuterstaat nun haben wir weder zu erwarten, daß er seinen Einfluß auf die Produktion zu Gunsten der Arbeiter geltend machen wird, noch daß die Arbeiter in ihm einen besseren Arbeitgeber finden würden, als in ihren heutigen Ausbeutern. Er würde vielmehr, wie oben ausgeführt, im kapitalistischen Sinne wirtschaften und seinen Einfluß auf die von ihm abhängigen Produzenten dazu benützen, seine Macht, d. h. die Macht der Ausbeuterklasse, deren Ausdruck er ist, noch zu verstärken. Deshalb sind wir dem heutigen reaktionären Klassenstaat gegenüber durchaus verstaatlichungsfeindlich. Die Schäden, welche der Handel unweigerlich in Gefolge hat, erscheinen da noch als die geringeren, — namentlich was den Getreidehandel betrifft.

Arbeiter, denen jedes gefühlvolle Mittel, ihre gemeinsamen Angelegenheiten öffentlich zu besprechen, genommen ist, kommen periodisch in einem kleineren Zosatz zusammen, um wenigstens in engeren Kreise ihrer Besinnung Ausdruck zu geben; da findet sich unter ihnen ein Schutz, und siehe da, der Staat ist um 10 „Verbrecher“ reicher und eine Anzahl Familien werden auf monatliche ihrer Ernährer beraubt. Welcher Erfolg für diesen Staat, welche Ehre für ihn, gerettet zu sein durch das Zeugnis eines nichtswürdigen Hallunken!

— Hoch Mecklenburg! Während in Preußen, und speziell in Berlin, die Polizei das Versammlungsrecht mit einer Willkür — wir können nicht sagen: handhabt, sondern mißhandelt, heute Versammlungen gestattet und morgen verbietet, gleichviel ob derselbe Referent und dasselbe Thema angeht, ist, ihre Gottlosigkeit also dadurch kundzutun sucht, daß ihre Rathschläge gleichfalls „dunkel und unerforschlich“ sind, hat die Regierung von Mecklenburg-Schwerin vor Kurzem ein Versammlungsverbot mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den Reichstagsbeschluß, daß Wahlversammlungen, auch wenn sie ein bekannter Sozialdemokrat anmeldet, dadurch noch nicht von vorneherein unter das Sozialistengesetz fallen, für ungesetzlich erklärt.

Der „Rechtsstaat“ Preußen von dem feudalen Mecklenburg besäumt, das hat in der That noch gefehlt, um die glorreiche Aera Bismarck-Puttkamer zu kennzeichnen. So muß man's anfangen, Herr Radai, um Propaganda zu machen für den — Partikularismus.

Nun, der 28. Oktober wird Ihnen hoffentlich zeigen, daß Ihre Taktik der plumpen Faust auch noch für etwas ganz Anderes Propaganda macht!

Die vorstehende Notiz war bereits gefehlt, als uns die erfreuliche Kunde ward, daß die tölpelhafte Logalität — denn anders kann man sie doch wohl nicht bezeichnen — der mecklenburgischen Regierung wieder gut gemacht worden ist in dem partikularistischsten aller Staaten — in Bayern.

Auch in München hat die Polizei sich mit Eleganz über den Reichstagsbeschluß hinweggesetzt und eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Wählerversammlung von vorneherein verboten, weil Einberufer wie Referent „antideutsche Agitatoren“ seien. Und zu dieser wunderbaren Motivierung fügen sie die noch wunderbare hinzu, daß — der Leiter einer zwei Wochen früher abgehaltenen Versammlung noch nicht 25 Jahre alt, und der Vorsitzende einer acht Tage früher abgehaltenen Versammlung schon wegen sozialistischer Untriebe bestraft worden sei!!

Däng' Dich, Radai, auf solche Schlantheit wärest selbst Du nicht gekommen!

Beiläufig scheint es in München wirklich bedenklich zu stehen. So hat sich der hochwürdigste Erzbischof dieser Stadt veranlaßt gefunden, ein feierliches Bittamt zu Gunsten eines „gottseligen“ Ausganges der Wahlen anzuordnen. Hoffen wir, daß es seine Wirkung nicht verfehlt. Unsere Zeit ist ja an Wundern nicht arm. Beiläufig läßt sich der humilitätliche Vater herbei und sendet am 28. Oktober zwischen 5 und 6 Uhr Abends einen Erengel mit dem Austrage herab, die Stimmzettel auf den Namen des H. J. Sollmar in solche auf seinen lieben gottesfürchtigen Pfarrer von St. Peter umzuwandeln.

O mein, Herr Westermayer, die Schnadaufspiele!

— Einen föhlichen Beitrag zur Charakteristik des Rationalismus finden wir in der „Frankfurter Zeitung“ vom 3. Oktober. Die Redaktion macht sich den Spaß, die Kandidatenrede des Dr. Wallichs, seines Zeichens Gymnasialdirektor, nach dem Bericht des „Hamburger Korrespondenten“ in Frage und Antwort einzuteilen, um die Ueberzeugungsstärke des hiesigen „Reichelberger“ in ihrer ganzen Größe hervortreten zu lassen. Als klassisches Zeugnis für die politische Reife der „gebildeten Stände“ Deutschlands laßen wir es hiermit folgen:

Frage: Wie denken Sie über die Deeresfrage?

Kandidat: „Ueber Ersparungen und Absehung einzelner Posten können verschiedene Meinungen herrschen und die Regierung kann nicht erwarten, immer Alles und Jedes auch von befreundeter Seite genehmigt zu sehen; indeß!) werde ich mit Rücksicht auf die Sicherheit der Reichsgrenzen der Verlängerung des Septennals zustimmen.“

Das Septennat als Schutz der Reichsgrenzen ist neu. Aber warum diesen Schutz alle sieben Jahre gefährden, Herr Wallichs? Ein ordentlicher Patriot muß diesen Schutz für alle Zeiten wollen, ergo — einernes Militärbudget für ever. Wie sich dann Ersparungen und Absehnungen machen lassen werden, weiß der Kandidat gewiß, nur sollte er das Kunststück verraten, denn sonst bleibt es ein unnützes Geheimnis.

Frage: Wie werden Sie sich zu den Vorschlägen auf Vermehrung der Steuern stellen?

Kandidat: „Ich habe an Vermehrung der Steuern so wenig Freude wie sonst Jemand, aber wenn die Sicherheit der äußeren und inneren Verhältnisse des Vaterlandes davon abhängen sollte, so wird man sich derselben nicht entziehen können.“

Bravo, bravissimo, internalen ja die Regierung nur von der Sorge für die Sicherheit unserer Verhältnisse geleitet wird, wenn sie höhere Jölle und Steuern fordert. Sie verlange also nur, Herr Wallichs wird gewähren.

Frage: Wie soll denn die Steuervermehrung vor sich gehen?

Kandidat: „Daher berührt bekanntlich Streit. Nur längere Erfahrung kann lehren, ob das von der Regierung angepöbte System eine Opposition verdient, wie sie demselben von mancher Seite zu Theil wird; deshalb halte ich es für richtig, die Regierung auch in dieser Frage zu unterstützen.“

Deshalb — das Wort ist föhlich an dieser Stelle. Es ist die feierliche Deklaration des „beschränkten Untertanenverstandes“, die einem Kochow imponieren könnte.

Frage: Was halten Sie von der Verlängerung des Sozialistengesetzes?

Kandidat: „Ich werde ihr zustimmen.“

Frage: Wie denken Sie über obligatorische Innungen?

Kandidat: „Darüber kann ich keine bestimmte Erklärung abgeben, weil die Handwerker sich in diesem Punkte noch zu wenig einig sind und weil die Reichsregierung bekanntlich Bedenken trägt, den Antrag Adermann anzunehmen.“

Das „Weil“ dieser Antwort ist ein würdiges Pendant zu dem oben begrützten „deshalb“. Die Handwerker brauchen nur über Zwangsinnungen einig zu werden, die Regierung braucht nur den Adermann'schen Antrag zum Gesetz zu machen, so ist Herr Wallichs für Jünste. Der Kandidat ist hier offenbar ein Schalk; wenn die Regierung noch nicht weiß, was sie will, denkt er, wie kann ich wissen, was ich will? Weiß sie es erst, so weiß ich's sofort auch.

Frage: Wie stehen Sie zu dem allgemeinen, gleichen direkten Wahlrecht mit geheimer Abstimmung?

Kandidat: „Für die nächste Wahlperiode würde ich auch dafür stimmen.“

tischen Blätter“ der Herren Philipp's und Lemmann veröffentlichen nämlich eine Serie von Artikeln „Ein Jahr aus der Geschichte der christlich-sozialen Partei“ unter Zugrundelegung der Aufzeichnungen des Herrn Grünberg, des ersten Waffensbruders von Stöder; und da findet sich unter Anderem auch die Behauptung, daß nicht nur Stöder, sondern auch Robiling der christlich-sozialen Partei angehört. Der brave Grünberg ist nun allerdings kein sehr glaubwürdiger Zeuge, bei dem geringen Werth aber, den wir überhaupt auf die Frage legen, welcher Partei die beiden Attentäter angehört, wird man es uns, denen sie zuerst an die Hochhöfe gehängt wurden, nicht verargen, wenn wir Spott'es halber nun auch diese neue Lesart folgen lassen. Die betreffenden Auslassungen Grünberg's sind auch sonst nicht uninteressant.

Grünberg erzählt zunächst, wie er nach dem Hddel'schen Attentat zum Berhör vor den Landgerichtsrath Jöhl geführt wurde. „Dort“, fährt er fort, „wurde ich mehrere Male verhört und stark angegangen, daß ich Mittheilungen über die anarchistische Partei machen sollte. Obwohl ich zehn Jahre der sozialdemokratischen Partei gebient hatte, vermochte ich doch keine andere Auskunft zu geben, als daß ich durch Gollmbeck und Stöder zu diesem Menschen gekommen sei. Herr Stöder war natürlich sehr entrüstet über diese Mittheilung, ließ den Namen sofort streichen und mahnte zur Vorsicht bei der Aufnahme. Wie aber hätte ich Vorsicht üben sollen? War doch Herr Stöder umgeben von einer Schaar schiffbrüchiger Christen: Studirende, Doktoren und zweifelhaften Größen aller Art. Solche Leute erschienen dann bei mir und verlangten im Namen Stöder's Aufnahme in die Partei. So ging es auch mit Robiling. Robiling war ebenfalls Mitglied der christlich-sozialen Partei und die christlich-soziale Partei kann nur Gott danken, daß die Mitgliedsliste nicht wie bei Hddel, so auch bei Robiling gefunden worden ist. Ich habe diesen Mann nur einmal gesehen, als er mich um Aufnahme bat, indem er mir versicherte, schon vorher mit Herrn Hofprediger Stöder Rücksprache genommen zu haben. So trug ich ihn in die Mitgliedsliste ein und habe von ihm nicht eher wieder etwas gehört, als an dem Tage des Attentats. Damals vernichtete ich sofort die alte Mitgliedsliste und fertigte eine neue unter Weglassung des Namens Robiling an. Indes war die Vorsicht überflüssig, denn die Polizei nahm in diesem Falle Abstand davon, bei uns zu recherchiren.“

So Grünberg. Was den letzten Punkt, die hofpredigerliche Leibgarde, anbetrifft, so dürfte er auf jeden Fall nicht so ganz Unrecht haben. In Bezug der Mitgliedschaft Robiling's überlassen wir es unseren Lesern, wie viel sie davon glauben wollen. Konsequenzen lassen sich ja aus derselben nicht ziehen.

Biel interessanter als die Frage, welcher Partei Robiling angehört habe, ist die, wie viel sein Schutz den preussischen Jüngern, sowie den deutschen Kapitalisten überhaupt haar eingebracht. Denn erst die Wahlen des Attentatsommer brachten die agrarisch-schugbildnerische Majorität zusammen, der wir die famose Steuer- und Wirtschaftsbeform verdanken.

— Eine ganz wunderbare Entdeckung hat die freikonservative Berliner „Post“ gemacht. Sie schreibt:

„Bei der Agitation zu den Reichstagswahlen, welche die sozialdemokratische Partei diesmal mit außerordentlichem Eifer und Geschick betreibt, scheint auch die Verbreitung des bekanntlich im Auslande, und zwar in der Schweiz unter dem Titel „Der Sozialdemokrat“ erscheinenden offiziellen Parteiorgans eine große Rolle zu spielen. Fast täglich finden sich in irgend einem Provinzialblatte Referate über gerichtliche Verhandlungen, in denen sich Personen wegen Verbreitung dieser in Deutschland verbotenen Zeitung zu verantworten haben, und fast ebenso häufig begegnet man Notizen, nach denen hier und dort ganze Ballen des Blattes von den Polizeibehörden abgefangen sind. So ist es, wie wir in dem „Mündener Kreisblatt“ lesen, erst kürzlich wieder der dortigen Polizei gelungen, kurz hinter einander zwei große Sendungen, welche für die Herren Speirt und Falter bestimmt waren, mit Beschlag zu legen. Wenn man, wohl mit gutem Recht, annehmen darf, daß bei der bekannten Vorsicht und Schlaueit unserer Sozialdemokraten immerhin nur ein kleiner Bruchtheil der Polizei in die Hände fällt, so muß in der That die Auflage des Blattes eine Höhe erreicht haben, um die manches Organ anderer Parteien dasselbe beneiden möchte.“

Wirklich?

— Die Angst der Ultramontanen vor dem Eindringen der Sozialdemokratie in ihre bisherigen Domänen äußert sich in allerhand lustigen Vorkrängen. So finden wir z. B. in den rheinischen christlich-sozialen Blättern unter Hinweis auf die Kandidatur Bebel's im Landkreis Kdlin eine überaus spasshafte „öffentliche Prüfung des Kandidaten Bebel“. Daß es bei dieser Prüfung auf Bebel's Stellung zur Religion, Sittlichkeit, Revolution u. c. nicht ohne Verdrehungen und Fälschungen abgeht, nehmen wir den frommen Herren nicht weiter übel, das gehört einmal zum „Geschäft“, aber daß sie dabei so wenig Wit entfalten, so geschmacklos vorgehen, wie der erste beste Stöder, das hätten wir eigentlich nicht von ihnen erwartet. Der verstorbene Kaplan Bongard scheint noch nicht erjezt zu sein.

Als erheiternde Probe der christlichen „Prüfung“ lassen wir hiermit Punkt 6 folgen:

„Die Trunksucht allein übergeht Bebel (in seinem Buch über die Frau) unter allen aufgezahlten, zum Verschwinden bestimmten Sünden. (S. 179.) Die Fleischlust verherrlicht er (S. 36 ff.) und die Trunksucht schont er, denn freilich der Weiber und der Schnapppulle bedarf es, um Verbrecher und Unsurzmänner zu erziehen. Ist das nicht raffiniert?“

Mit solchen Abersheiten die Arbeiter von Kalk, Rippes, Kalkheim u. c. ihrem Kandidaten abwendig machen zu wollen, sagen Sie selbst, hochwürdigste Herren, ist das nicht töhlsinnig?

— Koch ein deutscher Agent provokateur soll, nach der „Schweizer Grenzpost“, entlarvt worden sein, und zwar in der Person eines Kandidaten der Medizin, der bisher als Assistent an einem Krankenhaus in Bern fungirt und nach der Entlarung des Epizel Weiz dieser Stadt urplötzlich den Rücken gefehrt hat. Der Betreffende, heißt es, habe mit den Anarchisten in Verbindung gestanden, ihnen Geldmittel zuzuführen lassen, sich aber selbst den Rücken freizuhalten verstanden.

So weit die offiziöse Darstellung der „Schweizer Grenzpost“. Ein Berner Lokalblatt nennt sogar den Namen des Betreffenden. Da wie jedoch in der obigen Darstellung keinen Anhaltspunkt dafür erblicken, daß der Mann als von irgend einer Regierung bezahlter Agent gehandelt, so warten wir vorläufig Weiteres ab, ehe wir ihn hier an den Pranger stellen. Dagegen wiederholen wir unsere Warnung an die Genossen des In- und Auslandes, vor jenen bramarbasierenden Wirtschaftspolitikern, jenen „Kadifalsten der Kadifalsten“, auf der Hut zu sein, die sich in allen möglichen Gestalten an die Arbeiter heranzumachen und sie zu Dummheiten aller Art zu verleiten suchen. Klarheit über das, was wir wollen und sollen, Vorsicht gegen Jeden, der sich nicht als zuverlässig erweisen, Abweisung aller abentheuerlichen Projekte — das sind die besten Schutzmittel gegen fremdwille und bezahlte Agents provokateurs!

Kachschriit. Wie man uns loben mittheilt, soll der obenerwähnte Redigier sehr energisch gegen die Verdächtigung als Agent provokateur protestirt und beschloffen haben, die Ausprenger jener Nachricht gertichtlich zu belangen. Warten wir also ab.

— Beurtheilungen. In Halberstadt wurde Genosse Aug. Heine wegen Beleidigung des Vorstehers der Arbeitskolonie Seyda zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Natürlich liegt hier ein Akt krasser Parteijustiz vor. Genosse Heine ist sozialistischer Kandidat für Halberstadt und Magdeburg; schon dieser Umstand mußte in den Augen der weisen und gerechten Richter als straferschwerend in's Gewicht fallen. — In München hat Genosse Bruno Schönlanck wegen Beleidigung der Münchener Polizei 3 Wochen Gefängnis aufgebürdet erhalten. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt. Eine ganze Reihe weiterer Prozesse stehen für ihn noch in Aussicht. — In Billingen (Baden) wurde der Apotheker Lutz wegen Verbreitung verbotener Schriften und ähnlicher Verbrechen zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt. Ueber diesen Prozeß, sowie über verschiedenes sonstige Stüdchen habicht'scher Rechtspflege in nächster Nummer.

— Die Affen und die Rüsse. Eine zeitgemäße Fabel. (Aus der Londoner „Justice“.) Ein Trupp Affen, der einen Haufen Rüsse gesammelt hatte, trat vor seine Föhler und bat sie, die Verteilung vorzunehmen. Die Föhler beglitten über die Hälfte für sich, den Rest ver-

theilten sie dazert unter die Gesamtheit, daß sie einigen 20, anderen 10, wieder anderen 5 und einer großen Anzahl gar keine Rüsse gaben. Als nun die, welche 20 Rüsse erhalten hatten, darüber Beschwerde führten, daß die Führer so viel für sich behalten, antworteten ihnen diese: „Seid doch ruhig, ihr Thoren! seid ihr nicht viel besser dran als die, welche nur 10 Rüsse bekommen haben?“ Und sie gaben sich zufrieden. Die aber, welche sich beschwerten, daß sie nur 10 Rüsse bekommen, erhielten zur Antwort: „Seid zufrieden; haben nicht andere nur 5 Rüsse erhalten?“ worauf sie den Mund hielten. Ebenso wurden die, welche nur 5 Rüsse erhalten hatten, mit der Erwiderung heimgeschickt: „Was? Seht doch nur, wie viele gar keine Rüsse erhalten haben!“ Als jedoch die Letzteren über die ungerichte Verteilung Klage führten und einen Antheil verlangten, da trafen die Hauptlinge vor und riefen denen, die 20, 10 und 5 Rüsse erhalten hatten, zu: „Seht doch die Unverschämtheit dieser Affen! Sie sind unzufrieden, weil sie keine Rüsse erhalten haben, und möchten dabei auch eures Eigentums berauben!“ Und alle fielen über die Affen, die nichts erhalten, her und bissen sie, bis sie genug hatten.

Moral: Die Selbstsucht der Kleinbürger ist der Schutzwall für die großen Räuber. Näheres zu erfragen bei den Fälschern und Gefinnungsgenossen.

— **Frankreich.** Sie sind sich doch überall gleich die Herren Fabrikanten! In verschiedenen industriellen Centren des südlichen Frankreichs, besonders in Lyon, St. Etienne etc., herrscht so kolossale Arbeitslosigkeit, daß die offizielle Welt wohl oder übel davon Kenntnis nehmen mußte. Es unterbrachen daher auch von der famosen Enquete-Kommission der Kammer, den berühmten 44, welche im Frühjahr eingesetzt worden waren, die Ausdehnung und die Ursachen der damals namentlich in Paris starken Geschäftskrise zu untersuchen, 7 Mitglieber ihre behäufliche Ruhe zu einer Untersuchungsreise. In St. Etienne wurden sie auch sofort von den dortigen — Fabrikanten (Bandwebern etc.) empfangen, die ihnen die Roth nicht schwarz genug malen konnten und als Abhilfsmittel verlangten: 1) Aufhebung der Einfuhrzölle auf feinere Gewinne, 2) Einführung einer Ausfuhrprämie auf Gewebe. Das bedeutet doch nichts anderes, als daß die Herren die Krise dazu benutzen wollen, sich auf Kosten des Staatsfiskus Extraprofite zu verschaffen, welche sie in die Lage setzen sollen, die Ueberproduktion noch zu steigern.

Wohin das System der Ausfuhrprämien heutzutage führt, das zeigt recht deutlich die Krise in der Zuckerindustrie. Da haben die Herren Zuckerfabrikanten solange auf Staatskosten losgegründet, bis der Krach mit elementarer Gewalt hereinbrochen ist. Und während sie die fetten Dividenden einstreifen, fällt der Schaden auf die armen Zuckerfabrikanten, die ihre Rüben nur noch zu Preisen anbringen, bei denen sie zu Grunde gehen müssen. Die Herren Fabrikanten — Alles Göttergötter! — aber möchten heute am liebsten noch Extra-Staatshilfe haben, und wer weiß, ob sie sie nicht auch erhalten. Es ist die alte Geschichte!

In **Kennes** findet seit Sonntag der Jahreskongress des sozialistischen Arbeiterverbandes von Frankreich statt. Aus der Tagesordnung stehen fast nur Fragen der Arbeitslosigkeit: geschlechte Reduktion der Arbeitszeit u. s. w. Ueber die Zahl der Teilnehmer des Kongresses liegen noch keine Berichte vor.

— **Belgien.** Wie wir in voriger Nummer berichteten, treten unsere Genossen in Brüssel nunmehr selbständig bei den Kommunalwahlen auf, und zwar mit einer Liste von 5 Kandidaten (31 sind zu wählen!). Es sind dies die Genossen L. Bertrand, Expedient, Fr. Renard, Bildhauer, R. Santos, Schriftsteller, J. Wolbers' Journalist, A. Wormhout, Schriftsteller.

Am einen Sieg ist natürlich nicht zu denken. Die famose Wahlreform vom vorigen Jahre hat die Wählerzahl für Brüssel (mit seinen 400,000 Einwohnern) von 8,951 auf 12,730, d. h. um netto 3,788 erhöht. Von diesen sind wiederum nur 626 Arbeiter, d. h. wenn wir die Werkführer und ähnliche Kategorien auch als Arbeiter betrachten, sonst bleiben knapp 400 wohlberedigte Arbeiter übrig.

Das Schöne ist, daß die Liberalen, welche dieses schöne Wohlgeleit fabriziert haben, jetzt auf die geringe Zahl der wohlberedigten Arbeiter hinweisen, um die Forderung derselben auf eigene Vertretung im Gemeinderath abzulehnen.

Wahrlich, es bedarf der ganzen Charakterfestigkeit, welche die Klassenbewußten Arbeiter auszeichnet, wenn dieselben trotz so schänder Behandlung durch die Liberalen jedes Zusammengehens mit den Ultramontanen schroff zurückweisen. Sie haben aber Recht, wenn sie von diesen Feinden der Volksschule nichts wissen wollen.

Korrespondenzen.

Altona, 10. Oktober. Vor einiger Zeit wurde der Cigarrenarbeiter Verlander aus Skandinavien wegen Strafen- und Verhaftung verhaftet. Bei der Disposition im Gefängnis fand man das deutsche Alphabet in seinem Taschenbuch verzeichnet. Unser Engel witterte dahinter eine Chiffre-Tabelle und verordnete selbstverständlich eine sofortige Hausdurchsuchung bei dem Verlander. Gefunden wurden sozialistische Schriften, verbotene und nicht verbotene. Befragt, von wo er dieselben her habe, gab er zur Antwort, er habe sie von dem Cigarrenarbeiter Reigner gekauft, infolge dessen auch dieser vorgeladen und verhaftet wurde. Vor den Untersuchungsrichter geführt, bestritt R. entschieden, an Verlander irgend welche Schriften verkauft zu haben. Vordäufig wurde er dann auf freien Fuß gesetzt. Der Verlander beschwor später seine Aussagen, auch behauptete er auf der Polizei, Reigner persönlich gegenüber dasselbe, stellte jedoch, von seinen Kollegen mit Bormärkten überhäuft, diesen gegenüber seine Aussagen in Abrede. Unser Engel muß wohl einen Gleichgesinnten gefunden haben, denn es vergeht beinahe kein Tag, wo derselbe diesen Verlander nicht zitteln läßt. Bei einer dieser Vorladungen sagte Reigner aus, daß jeden Sonnabend zwischen 5 und 8 Uhr Leute in den verschiedenen Fabriken herumgehen, Broschüren sozialistischen Inhalts verkaufen und Gelder auf Sammelbüchern einsammeln. Auch demargierte er direkt verschiedene Fabriken, wo solches stattfände. Wir warnen daher nachdrücklich vor diesem Subjekt, da jede unbedachte Äußerung sicherlich von ihm an unsern Engel hinterbracht wird.

Signalement: Dunkles Haar, keinen dunkeln Schnurrbart, schlank, hager; spricht sehr schlecht deutsch.

Verlander arbeitet augenblicklich in Böhle's Cigarrenfabrik, Schauenburgerstraße, Hamburg.

Crimmitschau, Anfangs September. Es ist nun bereits Jahresfrist, daß von uns nichts im Organ zu lesen war, und wir halten es deshalb für unsere Pflicht, einen kurzen Bericht folgen zu lassen. Die Parteibewegung steht hier vorzüglich. Auf der ganzen Linie ist der Kampf entbrannt. Crimmitschau, die alte Hochburg der Sozialdemokratie, ist trotz aller Anfeindungen, trotz aller innern Zwistigkeiten, trotz allem Mälheur, welches die Genossen getroffen, nicht nur geblieben, was es war, sondern die Sache des Proletariats macht bedeutende Fortschritte. Dies trifft sowohl in Bezug auf unsere Partei, als auch in Bezug auf die allgemeine Arbeiterbewegung zu.

Mit Gründung des Fachvereins, welche nach dem Streik im Herbst 1882 stattfand, wurde für Letztere der erste Keim wieder zu einem festen Zusammengehen gegeben. Der Fachverein der Arbeiter zählt bereits circa 1200 Mitglieder. Aber auch die sogenannten „Rothten“ halten fester als je zusammen und sind nie im Mittel verlegen, um auch Angelegenheiten, welche für das Ohr der üblichen Polizei nicht passen, zu besprechen. Eines derselben, das noch im sechzigsten, besteht darin, daß wir Sonntags, wenn Tanzmusik stattfindet, zu „Tanz“ gehen, uns am ersten besten Orte niederlassen, ohne das die Hochblöde auch nur eine Ahnung davon hat, daß wir „gehime Versammlung“ haben. So z. B. haben wir während des Vogelstehens im größten Zelte auf dem Schützenanger (Neuer's Konditorei) „getagt“, und zwar in einer Stärke von circa 200 Genossen.

Auf der Bezirkskonferenz unseres Wahlkreises waren außer Zwickau und Werdau die meisten größeren Ortshäuser am Zwickau durch Delegierte vertreten, und aus den Berichten derselben ersah man, daß die Vorbereitungen zur Wahlkampf vollständig getroffen sind und den An-

griffen der Feinde sehr ruhig entgegengesehen werden kann. Wir freuen uns, wieder einmal mit diesen „Herren“ gründlich abrechnen zu können.

Außer diesen intimen Zusammenkünften haben wir aber auch öffentliche Volksversammlungen abgehalten. Die erste war dieses Frühjahr im „Deutschen Haus“, wo Genosse Liebkecht in seiner üblichen hinstreichen Weise referierte. Der Saal war, trotzdem seitens der Polizei angeordnet war, daß nur 400 Mann Einlaß finden sollten, vollständig überfüllt, außerdem mußten Hunderte wieder umkehren, ohne Zutritt gefunden zu haben. Weiter fand in Frankenhäuser eine Wählerversammlung statt, wo Stelle referierte. Diefelbe war trotz des schlechten Wetters ebenfalls gut besucht, namentlich hatten sich die Bauern sehr zahlreich eingefunden. In Wahlen sollte zu Pfingsten eine Wählerversammlung stattfinden, doch wurde selbige seitens der Amtshauptmannschaft verboten, „da anzunehmen sei, Stolle wollte für seine Wahl Stimmen gewinnen und somit einer sozialdemokratischen Wahlvorschub leisten.“ Auch nicht übel! Eine weitere Versammlung war für den 7. Juli festgesetzt. Wir hatten dazu, da wir hier einen großen Saal nicht bekommen, ein großes Zelt auf dem Schützenanger gemietet, hatten auch bereits Versammlungsgenehmigung seitens des Stadtraths in Händen, als auf einmal eine Bekanntmachung des Schützenmajors Uhlig angeschlagen wurde, in welcher es hieß, „daß auf dem Schützenplatz nur die Schützen als Behörde gelten, die Polizei hätte da gar nichts zu sagen, und daher „Herr“ Major nicht um Erlaubniß gefragt worden wäre, dürfte die Versammlung nicht stattfinden.“ Selbstverständlich kam denn auch die übliche Polizei nachgehnt und verbot die Versammlung nachträglich. Wie uns nun von authentischer Seite mitgeteilt wird, soll nächstens das hiesige Polizei-Institut aufgelöst und dafür die hiesigen Schützenkompanien als städtische Polizeiverwaltung einrücken. Als Polizeistatist hat man den Schützenmajor Th. Uhlig, als dessen Stellvertreter die „Woll-Marie“ in's Auge gefaßt. „Marktenderinnen“ als „pifante“ Unterhaltung zum Nachdienst werden bereits in den Amtsblättern gegen hohen Lohn gesucht. Tamboure werden zurückgewiesen, da man mit der Zeit selbige selbst stellen will. — Nicht wahr, Herr Uhlig? —

Am 11. Juli sollte eine Arbeiterversammlung im Saale des „Deutschen Hauses“ stattfinden, welche namentlich für die Färberei- und Spinnereiarbeiter bestimmt war. Zwei derselben war: Kürzere Arbeitszeit und Erzielung höherer Löhne. Stimmung ausgezeichnet. Streik jedenfalls ununtermeidlich. Die Versammlung wurde wegen Ueberfüllung verboten.

Gleichzeitig sind wir aber auch gezwungen, an alle Arbeiter ohne Ausnahme eine ernste Mahnung ergehen zu lassen. Wie ihr wißt, haben sich sämtliche hiesigen Wirthe, welche größere Säle zur Verfügung haben, verschworen, den Sozialdemokraten ihre Säle zu Versammlungen nicht herzugeben. Es ist dies eine Handlung, welche unbedingt nicht ungestraft bleiben darf, denn ohne das Geld der Arbeiter wären die Herren Wirthe mit ihren Sälen längst, wo der Pfeffer wächst. Wir rathen Euch deshalb: Weidet die betreffenden Säle; geht nicht hin zu den Herren Jäh (Grünthal), Fuchs (Weintraube) u. s. w., sondern verfehret Euer Geld und haltet Eure Bergangen da ab (dies namentlich denjenigen Genossen zur Beherrigung, welche in Vergnügungsgesellschaften sich befinden, da muß Alles gethan werden, um die Wohregelung zur Wahrheit werden zu lassen), wo man Euch zu Volksversammlungen gern sieht, und da haben wir namentlich Herrn Köhler im „Deutschen Haus“ hervor. Ehre dem Ehre gebührt! Nächstens mehr.

— **Chemnitz, 2. Oktober.** Wie ich schon erfahren habe, fand die 14 Tage zuvor von Ihnen angemeldete Hausdurchsuchung bei unseren Genossen J. Ratt, jedoch resultatlos. Derselbe war an fraglichem Tag nicht zu Hause und fand in Folge dessen die Hausdurchsuchung ohne Geschverletzung von Seiten der Polizisten statt. Vier Mann hoch, ohne Zeugen, ohne sich der allein anwesenden Frau gegenüber zu legitimiren, stürzten sie in Wohnung und Geschäftskassalitäten herum. Geschäfts- und Familienbriefe wurden von A bis Z gelesen, ohne auf die Reklamation der Frau zu achten, welche den Spür- und wiederholt sagte, daß diese Briefe sie nichts angehen. (Wurst-) Bekert hatte die Führung übernommen.

3. hatte andern Tages eine Bestellung zum Amtsgericht und wurde gefragt, ob er mit einem gewissen Haug in Freiburg i. B. bekannt und verkehrt sei. Die Herren sollen nicht wenig erstaunt gewesen sein, als ihnen Genosse J. sagte, um was es sich handle und ihnen die bereits erhaltene Nr. 35 vorlegte. Die Sache hatte sich natürlich sehr schnell erledigt, da das Einzel-Abonnement des „Sozialdemokrat“ gesetzlich erlaubniß ist. Ueber die Borntheit einer Staatsanwaltschaft muß man sich aber doch verwundern, die das nicht weiß und heutigen Tags noch bei Briefabonementen hausdurchsucht, deren verschlossene Briefe sie selbstverständlich nur erkundert haben haben kann. Wenn's auf die Paar Blättchen bei den Herren ankommt, dann ist's gut. Mögen sie sich zeitweilig damit amüsiren, uns daran zu erinnern, daß jeder gewissenhafte Sozialdemokrat stündlich des Weisheitspruches der Bourgeois eingedenk sein muß: „Laß Dich nicht erwischen!“

C. Th. vom Rain, 11. Oktober. Der vergangene Sonntag brachte die Polizei des deutschen Reiches nicht wenig in Aufregung. Ueberall wurden nämlich Wahlmanifester der Sozialdemokraten gefunden, und nur in verschwindend wenig Fällen gelang es der heiligen Hermandad, einige Verbreiter zu erwischen. Die Maxia der Polizeibüffel auf das Manifest war an einzelnen Stellen recht interessant, und ganz besonders zeichnete sich wieder die Büttelgarde der Herren Ehren-Kumpj und Ehren-Blei in Frankfurt aus. Dort wurden 18 Genossen verhaftet, von denen heute noch einige im Klappernetz sitzen. Der Schutz-Kumpf hat die Leute in der ausgesprochenen Absicht eingestreckt, um von ihnen Einiges über die „geheimen Verbindungen“ zu erfahren, die in Frankfurt existiren soll. Der Herr Polizeirath sucht einen zweiten Vorstoß zu erhalten und bebauert offenbar sehr, daß er so wenig Glück damit hat. Der gute Herr meinte den Verhafteten gegenüber, er habe schon vorher gewußt, daß die Verteilung stattfinden solle; auch Zeit und Ort, von wo aus die Verteilung erfolgen sollte, habe er gewußt, ja selbst die Kiste, in der die Manifester angekommen, will der Altkaiser vorher gesehen haben. Daß sich unsere Leute durch derartige Finten nicht fangen lassen, versteht sich wohl von selbst; immerhin zeigt dies Benehmen aber, wie erstaunlich dumm die Polizeifellen sind.

Kußer in Frankfurt fanden noch an einigen anderen Orten Verhaftungen statt, doch erfolgte dort meistens nach Feststellung der Personallisten die sofortige Entlassung der Verbreiter. Wenn man bedenkt, daß das Wahlmanifest in circa zwei Millionen Exemplaren verbreitet wurde, so muß man die „Findigkeit“ der Polizei demüthern; sie besam kaum einige Dutzend der Verbreiter und nur ebenjoviel Exemplare des Manifestes in ihre Finger, alle andern wurden an die richtige Adresse befördert und dürften ihre Wirkung nicht verfehlen.

Doch mit der Verbreitung des Manifestes auch die Hausdurchsuchungen wieder lebhafter werden würden, stand zu erwarten. Hunderte von Durchstöberungen und Beschnüffelungen der Privatwohnungen und Sachen sind in wenigen Tagen vorgekommen und durchweg hatte die Polizei Pech. Sie fand nicht, was sie suchte; es wollte sich gar kein Material für die Geheimbundanlage aufreiben lassen, und so herrschte denn bei allen Polizisten ein arges Mißvergnügen, das sich in allerhand drolligen Streichen Luft macht und die Genossen natürlich köstlich amüset.

An Vorkommnissen von Bedeutung dürfte wohl nicht unerwähnt bleiben, daß Genosse Liebknecht in Mainz in der Stadthalle vor circa 5000 Reichens das Programm der Partei in 21' stündiger Rede besprach und ganz besonders die Stellung der Partei der heutigen Produktionsweise gegenüber darstellte. In scharfen Zügen wies er auf die Krisen hin und betonte, daß die Reichheit nicht früher sicher sei vor derartigen Auswüchsen der privatkapitalistischen Produktion, als bis dieselbe abgeklafft und die sozialistische Produktion eingeführt sei. Bemerkwürdig bei der ganzen Sache war übrigens, daß die Gegner behaupteten, Liebknecht habe — vermuthlich weil er nicht geschimpft — „gemäßig“ gesprochen. Nun, uns kann's recht sein; wir streiten nicht über „gemäßig“ und „rauh“; es genügt uns, daß die letzten Konsequenzen unseres Programms vor der Wählerschaft entwickelt wurden.

Vom Saarbrücken, Ende September. Wir haben hier bald alle Tage Hausdurchsuchungen durchzuführen, auch sind verschiedene Mahregelungen vorgekommen und noch zu gewärtigen. Trotzdem alle Hausdurchsuchungen resultatlos waren, wurde heute ein Genosse in Saarbrücken

entlassen und ein zweiter wird wohl auch „springen“ müssen. Wir sind den Polizeifisken hier ununterbrochen ausgefetzt, die Schritte folgen also fleißig für die zu unsern Kampfe hier besonders nützliche Ausbreitung von Daz und Berachtung. Am Sonntag wurden 2000 Wahlmanifester verteilt, was in den drei Städten St. Johann, Saarbrücken, Kaschatt-Burbach großes Aufsehen machte. Drei Mann wurden beim Berbreiten erwischt.

Ueber eine Hausdurchsuchung muß ich noch bemerken, daß der Betreffende in Gladbach in Westfalen auf Montage (?) war, weshalb zuerst in Saarbrücken bei seiner Frau gebausucht wurde. Dann wurde an die Staatsretter nach Gladbach berichtet, aber zu unserer größten Freude mußte die Schnüffelgarde mit langen Nasen abziehen. Bis jetzt haben wir im Ganzen neun resultatlose Hausdurchsuchungen gehabt. „Biel Lärm um nichts.“ Wer den Vogel in's Knopfloch draucht, das wird erst später klar werden.

Warnung.

Wir warnen unsere Genossen hiermit vor einem gewissen **Luge**, Bildhauer, angeblich aus Berlin ausgewandert und auf der Flucht, welcher unter betrügerischen Vorspiegelungen Gelder zu erschwindeln sucht. Er soll sich nach Zürich wenden wollen. Weiteres folgt.

Quittung.

Durch den Landesauschuß der deutschen Sozialisten gingen für den Wahlfond ein:

Deutscher Verein Basel Fr. 16 40. Dtschr. Ver. Ulster 7 10. Dtschr. Verein Detikon 10 —. Dtschr. Ver. Wädensweil 5 —. Dtschr. Ver. Locke 20 —. Dtschr. Ver. Glarus 20 —. Mitgliedschaft Schaffhausen 20 —. Mitgliedschaft Biel 16 —. Mitgliedschaft Basel 25 —. Deutscher Verein Winterthur 10 —. Durch Sanber, Zürich 2 —.

Summa: Fr. 151 50.

Für den Wahlfond per Conto Landesauschuß sind auf Zirkulare eingegangen:

A. S., Bern Fr. 20 —. Arbeiter aus der Werkstelle R. W., Kufersfeld 5 —. W. Bern 5 —. D. Oberstraf 5 —. J. A. Raos 1 —, gesammelt bei einer gemüthlichen Zusammenkunft 4 50. Arbeiterverein Selbstheim bei Winterthur 20 —.

Summa: Fr. 60 50.

Spezielle Abrechnung erfolgt später durch Zirkulare.

Für den Landesauschuß:
E. Bed., Kaffier.

Briefkasten.

der Redaktion: Gr. in B.: Für diese Nummer zu spät. Besten Gruß! — Diegen in New York: 8 und 9 dankend erhalten. — Schöngel in M.: Sie haben durchaus recht gehandelt. Im Nothfalle sollen Sie sich über uns nicht zu beklagen haben. Nur immer feste druff! —

der Expedition: Ferd.: Bf. vom 12. erf. wird besorgt. — Fuchs: Ab. geordnet. Bf. am 13/10. abgeg. Ausg. folgt. — Alte Blagge: Bf. besorgt. — G. Sch. Wöge: Fr. 6 — Ab. 3. Du. erf. — Dr. G. H. B.: Fr. 12 25 f. Schft. erf. M. 2 — Rest u. Schft. eingetroffen. — Bf. vom 6/10. hier. Doppelte Benützung liegt an Zwischenhand. Bf. folgt. — Simson: R. war abbestellt. Alles unterwegs. — Bon U.: Fr. 1 — f. 2 Probehefte pr. Wfd. dts. erf. — Bingermann: M. 1 60 Ab. 4. Du. erf. — Hansen: M. 3 72 f. Schft. erf. — Wische B. P.: Fr. 10 96 Ab. 4. Du. u. Schft. erf. Bf. fort. — Dtschr. Ver. J. Genf: Fr. 55 50 Ab. 3. Du. erf. Weiteres besorgt. — h. dr. M.: Besorgt. Ob der Teufel die „Jerkenten“ oder „Geherten“ vorzieht, wird sich zeigen, wenn's ans Holen geht. — 1871: M. 27 — Ab. 3. Du. erf. Ab. geordnet. Bf. am 13/10. mehr. — 2. Sch. D.: M. 1 50 Nachg. pr. Porto 4. Du. erf. — Oncl: M. 26 — à Cto. Ab. erf. — Schwab. Heiland: Einspänner folgt. Nur nicht bange. — L. T. W.: Ob Sie mit dem unerkannten Abender bekannt oder verschwägert sein, trägt Sie das Amtsgericht? Auch nicht übel. — Arb. Leclucq Laujanne: Fr. 29 15 Ab. 3. Du. u. Schft. erf. Fr. 2 50 an Arbft. abgel. — Blanc: M. 4 30 Ab. 4. Du. erf. Weiteres besorgt. — Rebus: M. 6 — Ab. Juli erf. Bf. am 13/10. geantw. — W. J.: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erf. — Dr. O. B. J.: M. 3 — Ab. 4. Du. erf. — Feuerländer: M. 50 — baar à Cto. gutgeb. M. 10 — Gegr. beanstandet. Boltsbuchhandlung u. G. Gegenrechnung. Bf. mehr. — J. K. G.: dtsch. 1 70 Ab. 4. Du. erf. — Chicago: M. 10 — v. E. Michel u. L. Bach pr. Wfd. dts. erf. — Chicago: M. 41 — (Doll. 10 50) bei der Chicagoer „Arbeiter-Zeitung“ eingeg. pr. A. Spieß dts. erf. — Berrina: M. 573 60 Ab. 3. Du. erf. Bf. am 14/10. mehr. — Philadelphie: (Doll. 5 20) Fr. 26 — v. Mitglieder d. Metallarbeiter-Union durch G. Fiedler pr. Wfd. dts. erf. — L. M. H.: M. 4 30 Abon. 4. Du. erf. — J. G. Bdm.: M. 22 20 Ab. 4. Du. erf. Ab. notirt. — Michel Stieber: M. 235 — à Cto. Ab. sc. erf. — C. Dugu. Pfl.: Fr. 60 — à Cto. Schft. sc. gutgeb. — J. B. Nuova Helvetia: Fr. 5 — Ab. 4. Du. 84 u. 1. Du. 85 erf. — Gr. i. R.: M. 4 30 Ab. 4. Du. 1 20 Schft. und Porto und 50 Bfg. pr. Wfd. dts. erf. — Edelweiss R.: M. 1 30 Portozuschlag erf. Fr. längst fort. Liegt an Zwischenhand. — L. G. J.: M. 5 — Ab. 4. Du. sc. erf. Bf. folgt. — Landesauschuß J.: Fr. 75 —, M. 2 63, Fr. 151 50 u. 60 50 p. Wfd. dts. erf. S. Pöschgitt, unter Luzifer — R. J. sowie Spezialgutg. des Landesausch. — Rother Teufel: M. 12 90 Ab. 4. Du. erf. Fehlendes rechnerisch. — C. E. Ag.: Fr. 3 90 jugl. 40 Bfg. Strapaport pr. Abon. 4. Du. verw. — Wimbledon: M. 5 — pr. Wfd. v. H. Dulchow dts. erf. — Paris: Fr. 10 — zum Gedenktag unserer Mutter von Mar und Bobow pr. Wfd. dts. erf. Fr. 10 — Sängerklub-Abchiedsfeier, Brasserie Jiesel, und Fr. 80 — v. Leclucq. — Prof. v. L. J.: Fr. 10 80 Ab. 3. u. 4. Du. erf. — B. K. Apfe: Fr. 50 — à Cto. Schft. erf. — W. A. B.: Fr. 3 40 à Cto. erf. Bf. Weiteres. — Fr. Wöge: Fr. 12 — à Cto. erf. — Brüssel J. B.: Nachr. erf. Erbst. folgt. Ab. geordnet. — Laffalle: M. 90 — à Cto. Ab. sc. erf. Bf. erw.

Anzeigen.

* Im Verlag von Conzett & Ebner in Chur ist erschienen und durch uns in Partien zum Preis von 25 Bfg. zu beziehen:

Winkel für die Agitation und für das Verhalten vor den Behörden.

Die Schrift ist für alle in der Agitation thätigen Parteigenossen unentbehrlich; sie gibt Winkel über die Organisation und den gegenseitigen Verkehr der Genossen, über ihr Verhalten vor Polizei und Gericht. Ferner enthält sie die wichtigsten Bestimmungen des Sozialistengesetzes über die Behandlung von sozialistischen Preßereignissen, Vereinen und Versammlungen, Schlämungen etc. Die wichtigsten Bestimmungen der deutschen Versammlungsgesetze, des Preßgesetzes, des Reichswahlgesetzes und des Reglement zum Reichswahlgesetz. Die wichtigsten Bestimmungen aus der Strafprozeßordnung über die Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Drucksachen, die Verhaftungen und Verhöre, Zeugenvernehmungen etc., und endlich eine Anleitung zur Ausarbeitung von Wahlprotesten.

Die Expedition des „Sozialdemokrat.“